

„Autos kaufen keine Autos“

Interview mit dem Regierungsberater Peter Bofinger über die Krise der deutschen Autoindustrie und Hilfen des Staates

München – Der Wirtschaftsberater der Bundesregierung, Peter Bofinger, spricht sich für eine vorübergehende Verstaatlichung des deutschen Autobauers Opel aus. Bofinger ist Professor für Volkswirtschaft und als einer der „fünf Wirtschaftsweisen“ Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

■ *Der deutschen Autoindustrie droht ein massiver Stellenabbau. Experten erwarten, dass 2009 bis zu 100 000 Arbeitsplätze wegfallen. Herr Bofinger, kann die Autobranche den Crash noch vermeiden?*

Die stark vom Export abhängige deutsche Autoindustrie leidet unter einer weltweiten Nachfrageschwäche. Leider wurde auch im Inland wenig dafür getan, die Nachfrage zu stärken. „Autos kaufen keine Autos“ – dieser Satz von Henry Ford wird leider gerne vergessen. In Deutschland sind

die Reallöhne seit Jahren nicht mehr gestiegen. Die Altersversorgung wird schlechter, die Sparquote immer höher. Auch die Industrie hat es versäumt, die Arbeitnehmer stärker am Unternehmenserfolg partizipieren zu lassen.

■ *Wie kann der Staat den deutschen Autobauern helfen?*

Die Bundesregierung wäre gut beraten, einen breiten Ansatz zu wählen, statt weiter nur Symptome zu kurieren. Wir brauchen dringend mehr internationale Kooperation in der Wirtschaftspolitik. Ziel muss sein, dass alle bedeutenden Staaten einen Beitrag leisten, um weltweit die Nachfrage zu stärken. Leider wurde beim G20-Gipfel in Washington eine Chance vertan: In Anbetracht der Rezession und der schwersten Krise der Nachkriegszeit hätte ich mir klarere Worte gewünscht und eine gemeinsame Konjunktur-Initiative.



Peter Bofinger ist einer der fünf Wirtschaftsweisen

■ *Der Opel-Konzern hat Bund und Länder um eine Bürgschaft gebeten. Wird der Staat aktiv?*

Der Staat muss bei Opel aktiv werden. Nur leider hat Deutschland in diesem Bereich wenig Erfahrung. Erlauben Sie mir einen medizinischen Vergleich: Die deutsche Wirtschaftspolitik war bisher eher auf die Verordnung homöopathischer Gaben ausgerichtet. Jetzt aber kommen jeden Tage Konzerne mit größeren Verletzungen, die man nur chirurgisch behandeln kann.

■ *Was bedeutet das konkret für Opel?*

Im Fall Opel sollte die Bundesregierung erwägen, den deutschen Konzern zeitweise zu verstaatlichen, um ihn nach überstandener Krise möglichst bald wieder an private Investoren weiterzukaufen. Dazu müsste Opel natürlich aus dem US-Mutterkonzern herausgelöst werden. Für den Staat könnte diese Lösung besser sein als einen Milliardenbetrag zu überweisen, ohne zu wissen, wohin das Geld genau fließt.

■ *Würde es den Staat nicht überfordern, einen Autokonzern mit vier Werken und 26 000 Mitarbeitern zu übernehmen?*

Ich denke nicht. Frankreich hat für solche Zwecke sogar einen eigenen Staatsfonds.

■ *Kann der Staat einem einzigen Konzern helfen, ohne für andere einen Präzedenzfall zu schaffen?*

Bei einer temporären Übernahme in Staatseigentum sehe ich weniger die Gefahr, dass andere Konzerne folgen. Die meisten deutschen Autobauer und Zulieferer werden kaum ein Interesse daran haben, vorübergehend in Staatseigentum überzugehen.

■ *Politiker fordern für die gesamte Automobilbranche einen staatlichen „Rettungsschirm“ wie zuvor für die Banken.*

Das scheint mir weit überzogen. Ich sehe die Gefahr, dass immer mehr Branchen Ansprüche anmelden und wir am Ende die Dimensionen aus dem Auge verlieren. Der Staat kann nicht für die gesamte deutsche Wirtschaft Schirme aufspannen. Viel wichtiger wäre es, jetzt die allgemeinen Rahmenbedingungen zu verbessern und die Konjunktur anzukurbeln.